

Die innerkoalitionären inhaltlichen Gegensätze während der Großen Koalition haben zu teils beträchtlichen Abweichungen in den Reihen der SPD-Fraktion geführt. Trotz der allgemeinen Akzeptanz von Fraktionsdisziplin stießen einige Abgeordnete im schwarz-roten Bündnis an die Grenze ihrer Kompromissbereitschaft: „Ohne eine gewisse Fraktionsdisziplin würde es ja auch nicht funktionieren. Da würde ja Chaos ausbrechen. Dafür sind Fraktionen ja da. Ich erkenne also Fraktionsdisziplin grundsätzlich auch an (...) Aber Dinge, die man politisch für falsch hält, (...) da muss man dann einfach auch bei bleiben.“ (*Andreas Steppuhn*, 6. Mai 2011)

Aufgrund der übergroßen Mehrheiten hat diese höhere Abweichungsneigung die Handlungsfähigkeit der Regierung allerdings nicht nennenswert eingeschränkt. Eine solche Einschränkung des Regierungshandelns erscheint künftig jedoch möglich, da die Ausdifferenzierung des Parteiensystems die Bildung komplexerer Regierungsbündnisse aus mehreren Parteien begünstigt. Diese komplexen Koalitionen⁵⁰ kombinieren häufig eine große ideologische Heterogenität mit Mehrheiten, die zu knapp sind, um nennenswerten Dissens zu kompensieren.

50 Vgl. *Stephan Klecha*, Komplexe Koalitionen: Welchen Nutzen bringen sie den Parteien, in: *ZParl*, 42. Jg. (2011), H. 2, S. 334 – 346.

„Ich bin einer von Euch“ – Zur Bedeutung sozialer und politischer Kongruenz von Abgeordneten und Bürgern für das Gelingen von Repräsentation

Elisa Deiss-Helbig

1. Unzufriedenheit mit den gewählten Repräsentanten – ein Ausdruck sozialer Distanz?

In regelmäßigen Abständen wird sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in der wissenschaftlichen Debatte die Unzufriedenheit der Bürger mit ihren gewählten Repräsentanten und den politischen Institutionen beklagt. Die Einstellungen der Bürger zu den zentralen politischen Einrichtungen und ihre Gründe für eine Unzufriedenheit wurden bereits auf vielfältige Weise untersucht.¹ Auch die Beziehung zwischen Volk und politischen Akteuren stellt einen wichtigen Untersuchungsgegenstand der Repräsentationsforschung dar, wobei über lange Zeit die Sichtweise der Bürger eher zweitrangig im Vergleich zur Eliten-Perspektive behandelt wurde.² Ausgehend von der normativen Vorstellung, dass die

1 Vgl. etwa *Kenneth Newton / Pippa Norris*, Confidence in Public Institutions: Faith, Culture, or Performance, in *Susan J. Pharr / Robert D. Putnam* (Hrsg.), *Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries?*, Princeton 2000, S. 52 – 73.

2 Vgl. *Åsa Bengtsson / Hanna Wass*, The Representative Roles of MPs: A Citizen Perspective, in: *Scandinavian Political Science Studies*, 34. Jg. (2011), H. 2, S. 143 – 167, S. 143.

gewählten Repräsentanten den Wählern gegenüber responsiv sein sollen, dass also das Handeln der Abgeordneten möglichst den Wünschen und Interessen der Bürger entsprechen soll³, wurden etwa in der Tradition von *Warren E. Miller* und *Donald E. Stokes* Policy-Kongruenzen⁴ untersucht. Da Einstellungen und Wertorientierungen in der wissenschaftlichen Diskussion zudem eine gewisse Bedeutung für das Handeln zugesprochen wird⁵, konzentrieren sich andere Studien auf ideologische Kongruenzen⁶ der politischen Einstellungen oder Wertorientierungen⁷ von Repräsentanten und Repräsentierten.

Eine weitere Möglichkeit, die Beziehung zwischen Bürgern und Abgeordneten genauer zu betrachten und Erklärungen für die Unzufriedenheit mit den gewählten Repräsentanten zu finden, ist die Überprüfung der sozialen Distanz beziehungsweise der sozialen Kongruenz zwischen Wählern und Gewählten.⁸ Hier wird im Rückgriff auf das Konzept der „mirror representation“ analysiert, inwieweit die sozio-demographische Zusammensetzung der Parlamente von der Verteilung dieser Merkmale in der Gesellschaft abweicht. Dieses Forschungsfeld der Parlaments- beziehungsweise Abgeordnetensoziologie ist auf internationaler Ebene und auch in Deutschland gut etabliert.⁹ In diesem Zusammenhang wird im Allgemeinen eine relativ starke Homogenität der zentralen Repräsentationsorgane parlamentarischer Demokratien vor allem bezüglich Geschlecht, Alter, sozialer und auch ethnischer Herkunft ausgemacht.¹⁰ So lässt sich etwa rein deskriptiv für den aktuellen Bundestag der 17. Wahlperiode feststellen, dass ungefähr zwei Drittel seiner Abgeordneten männlich sind¹¹ und Beamte – wenn auch mit leichtem Rückgang – wie schon in den vorangegangenen Wahlperioden dominieren (29,6 Prozent).¹²

- 3 Vgl. *Andrew Rehfeld*, Representation Rethought: On Trustees, Delegates, and Gyroscopes in the Study of Political Representation and Democracy, in: *American Political Science Review*, 103. Jg. (2009), H. 2, S. 214 – 230, S. 214.
- 4 Vgl. *Warren E. Miller* / *Donald E. Stokes*, Constituency Influence in Congress, in: *American Political Science Review*, 57. Jg. (1963), H. 1, S. 45 – 56; oder auch *Stephen Ansolabehere* / *James M. Snyder, Jr.* / *Charles Stewart, III*, Candidate Positioning in the U.S. House Elections, in: *American Journal of Political Science*, 45. Jg. (2001), H. 1, S. 136 – 159.
- 5 Vgl. *Jan W. van Deth* / *Elinor Scarbrough*, The Concept of Values, in: *dies.* (Hrsg.), *The Impact of Values*, Oxford 1995, S. 21 – 47.
- 6 Vgl. etwa *Matt Golder* / *Jack Stramski*, Ideological Congruence and Electoral Institutions, in: *American Journal of Political Science*, 54. Jg. (2010), H. 1, S. 90 – 106.
- 7 Vgl. etwa *John L. Sullivan* / *Pat Walsh* / *Michal Shamir* / *David G. Barnum* / *James L. Gibson*, Why Politicians Are More Tolerant: Selective Recruitment and Socialization Among Political Elites in Britain, Israel, New Zealand and the United States, in: *British Journal of Political Science*, 23. Jg. (1993), H. 1, S. 51 – 76.
- 8 Vgl. *Hilke Rebenstorff* / *Bernhard Wefels*, Wie wünschen sich die Wähler ihre Abgeordneten? Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Problem der sozialen Repräsentativität des Deutschen Bundestages, in: *ZParl*, 20. Jg. (1989), H. 3, S. 408 – 424, S. 408 ff.
- 9 Vgl. *Werner J. Patzelt*, Parlamentssoziologie, in: *Viktoria Kaina* / *Andrea Römmele* (Hrsg.), *Politische Soziologie*, Wiesbaden 2005, S. 311 – 351, S. 311.
- 10 Siehe etwa *Karen Bird*, The Political Representation of Visible Minorities in Electoral Democracies: A Comparison of France, Denmark, and Canada, in: *Nationalism and Ethnic Politics*, 11. Jg. (2005), H. 4, S. 425 – 465; *Marian Sawyer* / *Manon Tremblay* / *Linda Trimble*, *Representing Women in Parliament. A Comparative Study*, London / New York 2006.
- 11 Der Frauenanteil stagniert seit zehn Jahren bei circa 33 Prozent. Maßgebliche Veränderungen hatten vor allem Anfang der 1990er Jahre stattgefunden.
- 12 Vgl. *Melanie Kintz*, Die Berufsstruktur der Abgeordneten des 17. Deutschen Bundestages, in: *ZParl*, 41. Jg. (2010), H. 3, S. 491 – 503.

In der wissenschaftlichen Forschung werden verschiedene Faktoren angeführt, um die sozio-demographische Zusammensetzung der Repräsentationsorgane zu erklären. So unterscheiden *Pippa Norris* und *Joni Lovenduski* zwischen Faktoren von Angebot und Nachfrage, wobei letztere vor allem die Einstellungen der Selektoren betreffen, erstere auf die Motivation und das politische Kapital der Aspiranten oder Kandidaten abzielen.¹³ Die in diesem Zusammenhang angebrachte Argumentation, dass ein Parlament als umso repräsentativer anzusehen ist, je mehr es ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellt, ist sehr umstritten.¹⁴ Jedoch gibt es einige Gründe, die dafür sprechen, dass die Präsenz, also die reine Anwesenheit, bestimmter sozialer und auch ethnischer Gruppen in politischen Organen einen positiven Einfluss entfalten kann auf den Repräsentationsglauben der Bevölkerung, also das Gefühl, politisch vertreten zu sein. So weisen einige Studien darauf hin, dass Bürger, die sich etwa bezüglich ihrer ethnischen Zugehörigkeit mit ihrem Abgeordneten identifizieren, mit dessen Arbeit eher zufrieden sind, als Bürger, bei denen keine ethnische Übereinstimmung vorliegt.¹⁵

Von diesen Überlegungen zu sozialer Kongruenz ausgehend, soll im Folgenden untersucht werden, inwieweit die sozio-demographischen Eigenschaften der Abgeordneten im Repräsentationsverständnis der deutschen Bürger eine Rolle spielen. Oder, anders ausgedrückt: Welchen Einfluss hat die soziale Übereinstimmung zwischen Repräsentant und Repräsentiertem auf das politische Vertretenheitsgefühl der Bürger? Da es in der Literatur unumstritten ist, dass die Parteizugehörigkeit ein wichtiger Bestimmungsfaktor etwa für das Wahlverhalten¹⁶, aber auch das Repräsentationsverständnis der Bürger ist¹⁷, soll zudem das Modell der sozialen Kongruenz durch das der politischen Übereinstimmung ergänzt werden. Es geht also weder darum, die Gründe für die aus sozio-demographischer Sicht homogene Zusammensetzung der Parlamente zu analysieren, noch normativ die Frage zu beantworten, ob politische Institutionen ein soziales Spiegelbild der Gesellschaft darstellen sollen.

2. Soziale und politische Kongruenz als Heuristik

Die einschlägige wissenschaftliche Literatur stellt eine Fülle an unterschiedlichen, sich teilweise ergänzenden Definitionen und Konzeptualisierungen politischer Repräsentation be-

- 13 Vgl. *Pippa Norris*, *Passages to Power. Legislative Recruitment in Advanced Democracies*, Cambridge 1997; *dies.* / *Joni Lovenduski*, 'If Only More Candidates Came Forward': Supply-Side Explanations of Candidate Selection in Britain, in: *British Journal of Political Science*, 23. Jg. (1993), H. 3, S. 373 – 408. Um zu erklären, warum Minderheiten einen erschwerten Zugang zur politischen Elite haben, werden zudem institutionelle Faktoren wie etwa gesetzliche Regelungen oder das Wahlrecht angeführt, die (fehlende) Bereitschaft der Wähler, Minderheiten-Kandidaten zu wählen und die Charakteristika des Rekrutierungsprozess, vgl. *Pippa Norris*, ebenda, S. 1.
- 14 Für eine Zusammenfassung der zentralen Argumente gegen deskriptive Repräsentation siehe etwa *Jane Mansbridge*, *Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent "Yes"*, in: *The Journal of Politics*, 61. Jg. (1999), H. 3, S. 628 – 657, S. 629 ff.
- 15 Siehe etwa *Claudine Gay*, *Spirals of Trust? The Effect of Descriptive Representation on the Relationship between Citizens and Their Government*, in: *American Journal of Political Science*, 46. Jg. (2002), H. 4, S. 717 – 733, S. 721.
- 16 Vgl. *Angus Campbell* / *Philip E. Converse* / *Warren E. Miller* / *Donald E. Stokes*, *The American Voter*, New York 1960.
- 17 Vgl. *Åsa Bengtsson* / *Hanna Wäss*, a.a.O. (Fn. 2), S. 147 f.

reit. Im Anschluss an *John Wahlke* u.a.¹⁸ kann die Debatte hauptsächlich (wenn auch nicht ausschließlich) entlang zweier Dimensionen nachgezeichnet werden: Repräsentationsfokus (Wer wird repräsentiert?) und Repräsentationsstil (Wie wird repräsentiert?).¹⁹

Die Frage „Wer wird repräsentiert?“ findet unter anderem in dem Forschungsstrang Ausdruck, der sich mit der deskriptiven oder spiegelbildlichen Repräsentation beschäftigt – wobei *Hanna Pitkins* Definition deskriptiver Repräsentation als „the making present of something absent by resemblance or reflection, as in a mirror or in art“²⁰ nicht unumstritten ist. So weist *Jane Mansbridge* darauf hin, dass zwischen zwei Formen unterschieden werden muss: der mikroskopischen, wobei das Parlament als genaues Abbild der Wählerschaft gedacht wird, und der selektiven Form politischer Repräsentation, bei der die Betonung nicht auf der sozialen Proportionalität politischer Institutionen liegt²¹, sondern auf der Notwendigkeit einer stärkeren Gewichtung bestimmter (diskriminierter) Minderheitengruppen.²²

Einige Arbeiten in diesem Bereich untersuchen die sozio-demographische Komposition von Repräsentationsorganen als abhängige Variable, indem etwa die Gründe für diese Zusammensetzung analysiert werden²³, oder als unabhängige Variable.²⁴ Letzteren liegt häufig eine in der wissenschaftlichen Diskussion sehr umstrittene Überlegung zugrunde, wonach deskriptive und substantielle Repräsentation miteinander verknüpft sind, also ein Zusammenhang zwischen den sozio-demographischen Eigenschaften der Repräsentanten und ihren politischen Einstellungen und Policy-Präferenzen besteht.²⁵ Empirische Studien kommen bezüglich dieses Zusammenhangs auf unterschiedliche Ergebnisse.²⁶

Dennoch kann angenommen werden, dass – ohne einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation zu postulieren – sozio-demographische Merkmale von Abgeordneten Wählern als Anhaltspunkte, so genannte cues, für bestimmte inhaltliche Positionen dienen können.²⁷ Diese Überlegung ist vor allem vor dem Hintergrund von Interesse, dass in der Wahl- und Repräsentationsforschung oft hervorge-

18 Vgl. *John C. Wahlke / Heinz Eulau / William Buchanan / Leroy C. Ferguson*, *The Legislative System: Explorations in Legislative Behavior*, New York 1962; *dies.*, *The Role of the Representative: Some Empirical Observations on the Theory of Edmund Burke*, in: *The American Political Science Review*, 53. Jg. (1959), H. 3, S. 742 – 756.

19 Diese übergeordnete Einteilung kann nicht nur für die klassische Repräsentationsforschung, sondern auch für zeitgenössische Weiterentwicklungen des Konzepts angewendet werden. So werden in neueren Konzeptualisierungen von politischer Repräsentation zwar häufig weitere Dimensionen zur Unterscheidung eingebracht, etwa die Zeit (vgl. etwa *Jane Mansbridge*, *Rethinking Representation*, in: *American Political Science Review*, 97. Jg. (2003), H. 4, S. 515 – 528), diese lassen sich allerdings meist mit den ersten zwei Dimensionen kombinieren.

20 *Hanna F. Pitkin*, *The Concept of Representation*, Berkeley / Los Angeles 1967, S. 11.

21 Vgl. *Hilke Rebenstorff / Bernhard Wefels*, a.a.O. (Fn. 8), S. 410.

22 Vgl. *Jane Mansbridge*, a.a.O. (Fn. 14), S. 631 ff.

23 Vgl. etwa *Pippa Norris / Joni Lovenduski*, *„If Only More Candidates Came Forward“*, a.a.O. (Fn. 13); oder *Miki Caul-Kittilson / Katherine Tate*, *Political Parties, Minorities and Elected Office*, in: *Christina Wolbrecht / Rodney Hero* (Hrsg.), *The Politics of Democratic Inclusion*, Philadelphia 2005, S. 163 – 185.

24 Siehe etwa *Rosie Campbell / Sarah Childs / Joni Lovenduski*, *Do Women Need Women Representatives?*, in: *British Journal of Political Science*, 40. Jg. (2010), H. 1, S. 171 – 194.

25 Vgl. ebenda, S. 172.

26 Vgl. ebenda, S. 173.

27 Vgl. *Pippa Norris / Joni Lovenduski*, *Political Recruitment: Gender, Race, and Class in the British Parliament*, Cambridge 1995, S. 14.

hoben wird, dass ein Großteil der Wähler aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage ist, Kandidaten und Abgeordnete nach ihren politisch-inhaltlichen Positionen zu beurteilen.²⁸ Dementsprechend kann soziale Kongruenz mit seinem Abgeordneten ein Hinweis für den Wähler sein, dass seine zentralen Vorstellungen im politischen Prozess vertreten werden.

Darüber hinaus kann sozio-demographische Kongruenz auch eine vertrauensbildende Funktion haben.²⁹ *Heinz Eulau* und *Paul D. Karps* weisen darauf hin, dass Repräsentation nicht allein durch konkrete Transaktionen zwischen Repräsentant und Wählern stattfindet, sondern auch, bezugnehmend auf *David Eastons* Konzept des „diffuse support“³⁰, auf Vertrauen beruht. Dieses Vertrauen könne durch „symbolic responsiveness“ – etwa in Form von symbolischen Handlungen des Repräsentanten in der Öffentlichkeit – hergestellt werden.³¹ Folglich sollte auch eine sozio-demographische Übereinstimmung symbolischen Charakter für die Bürger haben. So meint *Richard F. Fenno* in seiner für die Repräsentationsforschung wegweisenden Studie „Home style“, dass Identifikation zwischen Repräsentanten und Repräsentierten (oder auch nur die Vermittlung eines Gefühls der Identifikation) maßgeblich für die Vertrauensbildung zwischen Volk und politischer Elite sei. Diesen Mechanismus drückt er wie folgt aus: „You can trust me because we are like one another.“³² Die beiden erwähnten Funktionen sozialer Kongruenz sind jedoch nicht unabhängig voneinander zu betrachten. Die Identifikation mit einem Abgeordneten über soziale Kongruenz kann dem Wähler bestimmte Hinweise auf inhaltliche Positionen des Abgeordneten geben oder ihn dies mindestens glauben machen.

Zur Operationalisierung des Konstrukts der sozialen Kongruenz werden im Folgenden beispielhaft zwei sozio-demographische Variablen Anwendung finden: Alter und Beschäftigung.³³ Das Alter eines Abgeordneten kann einem gleichaltrigen Wähler als ein Hinweis auf das Vorhandensein und das Teilen von kohorten- und/oder altersspezifischen Wertorientierungen dienen. Zudem ist vor allem die jüngere Generation in den Parlamenten unterrepräsentiert.³⁴ Besonders bei jüngeren Bürgern könnte demzufolge eine Übereinstimmung bezüglich des Alters vertrauensbildend wirken. Aus berufssoziologischer Sicht hat die Arbeitswelt und damit der Beruf einer Person Einfluss auf deren Persönlichkeit und Wertorientierungen.³⁵ Folglich kann davon ausgegangen werden, dass Bürger sich durch Abgeordnete mit gleichem oder ähnlichem Berufsbild besser vertreten fühlen. Daraus ergeben sich die folgenden Hypothesen:

- 28 Vgl. *Heinz Eulau* / *Paul D. Karps*, The Puzzle of Representation. Specifying Components of responsiveness, in: *Legislative Studies Quarterly*, 2. Jg. (1977), H. 3, S. 233 – 254, S. 236.
- 29 Vgl. etwa *Claudine Gay*, a.a.O. (Fn. 15), S. 721; oder *Adrian D. Pantoja* / *Gary M. Segura*, Does Ethnicity Matter? Descriptive Representation in Legislatures and Political Alienation Among Latinos, in: *Social Science Quarterly*, 84. Jg. (2003), H. 2, S. 441 – 460.
- 30 *David Easton*, A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, 5. Jg. (1975), H. 4, S. 435 – 457, S. 436.
- 31 Siehe *Heinz Eulau* / *Paul D. Karps*, The Puzzle of Representation, a.a.O. (Fn. 28), S. 241.
- 32 *Richard F. Fenno*, Home Style: House Members in their Districts, Boston / Toronto 1978, S. 59.
- 33 Viele weitere sozio-demographische Eigenschaften können Einfluss auf das Vertretenheitsgefühl haben, so etwa Geschlecht oder soziale Herkunft.
- 34 So macht die Gruppe der 18- bis 36-Jährigen nur 6,6 Prozent der Abgeordneten des 17. Deutschen Bundestages aus. Der Altersdurchschnitt liegt bei 49,3 Jahren, http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/altersgliederung.html (Abruf am 26. August 2013).
- 35 Vgl. *Walter R. Heinz*, Arbeit, Beruf und Lebenslauf. Eine Einführung in die berufliche Sozialisation. Weinheim / München 1995, S. 11.

Hypothese 1: Je mehr Merkmale zwischen Bürger und Abgeordnetem übereinstimmen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Bürger sich durch den (fiktiven) Abgeordneten gut repräsentiert fühlt.

Hypothese 2: Da eine zahlenmäßig starke Unterrepräsentation junger Abgeordneter im Bundestag vorliegt, fällt die Übereinstimmung bezüglich des Alters bei Jüngeren stärker ins Gewicht als bei älteren Bundesbürgern.

Kongruenz bezüglich bestimmter Persönlichkeitsmerkmale ist jedoch nur eine von vielen Dimensionen des Repräsentationsverhältnisses. Eine weitere wichtige Komponente ist die politische Übereinstimmung. So dient ein Abgleich der eigenen Parteiidentifikation mit der Parteizugehörigkeit eines Abgeordneten dem Wähler als Heuristik³⁶, um etwa Rückschlüsse auf die Position eines Kandidaten bezüglich bestimmter Themenfelder ziehen und dementsprechend seine Wahlentscheidung treffen zu können. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Parteien klare Wahlprogramme haben, die es den Bürgern erlauben, sie inhaltlich voneinander zu unterscheiden. Dem steht die These entgegen, dass verstärkt das Ziel der Stimmenmaximierung in den Vordergrund rückt, womit ein Verschwimmen der inhaltlichen Positionen zwischen den Parteien einhergeht.³⁷ Gleichzeitig konnte die Parteienforschung in den letzten Jahrzehnten einen Rückgang der Parteiidentifikation in der Bevölkerung der meisten westlichen Demokratien ausmachen.³⁸ Trotz dieser Entwicklungen scheint – und dies gilt in besonderem Maße für Deutschland – die Parteiidentifikation auch weiterhin das Wahlverhalten und somit auch das Verhältnis zwischen Bürgern und Repräsentanten maßgeblich zu strukturieren.³⁹ Diese theoretischen Überlegungen zu politischer Kongruenz führen zu folgender Hypothese:

Hypothese 3: Aufgrund der zentralen Stellung der Parteien im politischen System Deutschlands hat die politische Übereinstimmung größeren Einfluss auf das Repräsentationsgefühl als die Übereinstimmung bezüglich sozio-demographischer Merkmale.

3. Methodisches Vorgehen und Operationalisierung

Grundlage der Untersuchung sind Daten einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die für das deutsch-französische Forschungsprojekt „Citizens and Representatives in France and Germany (CITREP)“ im Oktober/November 2010 durchgeführt wurde.⁴⁰ Die repräsentative

36 Vgl. *Russell J. Dalton*, The Decline of Party Identifications, in: *ders. / Martin P. Wattenberg* (Hrsg.), *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industries*, Oxford 2000, S. 19 – 36, S. 21.

37 Vgl. *Susan E. Scarrow / Paul Webb / David M. Farrell*, From Social Integration to Electoral Contestation. The Changing Distribution of Power within Political Parties, in: *Russell J. Dalton / Martin P. Wattenberg* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 36), S. 129 – 156, S. 129.

38 So etwa *Russell J. Dalton*, a.a.O. (Fn. 36), S. 26.

39 Vgl. *Frank Brettschneider / Oscar W. Gabriel*, The Nonpersonalization of Voting Behavior in Germany, in: *Anthony King* (Hrsg.), *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*, Oxford 2002, S. 127 – 157, S. 128.

40 Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Agence Nationale de la Recherche finanzierte Projekt wird in Kooperation von Sciences Po Bordeaux, den Universitäten Stuttgart und Halle-Wittenberg seit 2010 durchgeführt.

tive Stichprobe umfasst 1.553 Fälle für Deutschland (und 1.009 Fälle für Frankreich). In einem ersten Schritt wird mit Hilfe rein beobachtungsbezogener Daten zum Vertretenheitsgefühl dargestellt, inwieweit sich die deutschen Bürger durch ihren Wahlkreisabgeordneten repräsentiert fühlen. Anschließend wird die soziale und politische Kongruenz zwischen Bürgern und Abgeordneten als Einflussfaktoren für das Vertretenheitsgefühl modelliert.⁴¹ Anstatt eine direkte Frageform zu verwenden, beispielsweise die Erwünschtheit sozialer und/oder politischer Kongruenz zwischen Bürger und Abgeordnetem zu ermitteln, wurde ein experimentelles Design gewählt.⁴² Dabei werden ohne Wissen des Befragten die verschiedenen sozio-demographischen Persönlichkeitsmerkmale und die Parteizugehörigkeit eines fiktiven Abgeordneten nach dem Zufallsprinzip variiert.⁴³ Durch die Manipulation der Merkmale des Abgeordneten abhängig von den Charakteristika des Befragten liegt bei einigen Befragten eine soziale und/oder politische Kongruenz mit dem Abgeordneten vor, andere wiederum unterscheiden sich hinsichtlich dieser Merkmale von dem fiktiven Abgeordneten (vgl. Abbildung 1).

Mit Hilfe dieses Vorgehens soll der Einfluss der unabhängigen Variablen (Kongruenz/Inkongruenz zwischen Antwortendem und fiktivem Abgeordneten bezüglich sozio-demographischer Merkmale und Parteizugehörigkeit) auf die zu erklärende Variable, das Vertretenheitsgefühl der Bürger, im Detail untersucht werden. Wie bereits an anderer Stelle er-

- 41 In die Untersuchung werden zudem verschiedene Variablen einbezogen, die als Kontrollvariablen dienen sollen, um die Robustheit der Modelle zu testen. Es handelt sich hierbei um Variablen, denen ein Einfluss auf das Vertretenheitsgefühl der Bevölkerung zugeschrieben werden kann, wie etwa die Demokratiezufriedenheit. Da diese Variablen hier nicht von Relevanz für die Beantwortung der Fragestellung sind, jedoch den Zusammenhang der abhängigen und unabhängigen Variablen beeinflussen können, werden diese nicht weiter ausgeführt.
- 42 Nach vielen Jahrzehnten der Nichtbeachtung hat die Verwendung experimenteller Methoden und Designs in viele Bereiche der Politikwissenschaft Eingang gefunden, vgl. *Rebecca B. Morton / Kenneth C. Williams*, *Experimental Political Science and the Study of Causality. From Nature to the Lab*, Cambridge 2010, S. 3. Auch die Umfragesorschung bedient sich ihrer seit einigen Jahren mit dem Ziel, die Vorteile repräsentativer Bevölkerungsumfragen, vor allem die der externen Validität, mit denen zufallsgesteuerter Experimente, hier vor allem die der internen Validität, miteinander zu verbinden, vgl. *Paul M. Sniderman / Douglas B. Grob*, *Innovations in Experimental Design in Attitude Surveys*, in: *Annual Review of Sociology*, 22. Jg. (1996), S. 377 – 399, S. 378. Experimente zeichnen sich ganz allgemein dadurch aus, dass eine oder mehrere unabhängige Variablen manipuliert werden, um ihre Effekte auf eine oder mehrere abhängige Variablen ermitteln zu können, vgl. *R. M. Yaremkov / Herbert Harari / Robert C. Harrison / Elizabeth Lynn*, *Handbook of Research and Quantitative Methods in Psychology for Students and Professionals*, Hillsdale / New York 1986, S. 72. In Bevölkerungsumfragen werden dazu in den Interviews bestimmte Informationen manipuliert oder gezielt zugeteilt. Durch dieses Vorgehen soll ein bestimmter Effekt auf das Antwortverhalten der Befragten erreicht werden. Der wichtigste Vorteil von Experimenten in den Sozialwissenschaften wird darin gesehen, dass Fragen der Kausalität besser als durch die traditionelle empirische Umfragesorschung beantwortet werden können, vgl. *Rebecca B. Morton / Kenneth C. Williams*, a.a.O. (Fn. 42), S. 12 ff.
- 43 Allerdings liegt hier kein reines Experiment, sondern im Sinne von *Sniderman* und *Grob* ein quasi-experimentelles Design vor, bei dem der Fokus auf den „characteristics of the chooser“ und nicht auf der „formulation of the choice“ oder dem „context of the choice“ liegt, *Paul M. Sniderman / Douglas B. Grob*, a.a.O. (Fn. 42), S. 386, S. 387 ff. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Zuweisung der Merkmale des fiktiven Abgeordneten nicht vollständig zufallsgesteuert erfolgt, sondern abhängig von den Merkmalen „Beschäftigung“, „Alter“ und „Parteidentifikation“ des Befragten ist.

Abbildung 1: Fragestellung beim Experiment

Am Schluss unseres Gesprächs möchte ich Ihnen einen Bundestagsabgeordneten [der CDU, CSU, SPD, FDP, Grünen, der Linken, ohne Parteienzugehörigkeit; kongruent; inkongruent mit PI des Befragten] vorstellen. Er heißt Erik Kuhn. Er ist [Alter des Befragten + 2 Jahre, aber mindestens 35 Jahre und höchstens 80; 59 Jahre] alt und hat [im öffentlichen Dienst; in der Privatwirtschaft] gearbeitet (wenn Befragter im öffentlichen Dienst; in der Privatwirtschaft arbeitet), bevor er in den Bundestag gewählt wurde. Er ist seit fast zehn Jahren Abgeordneter. Wenn Erik Kuhn Abgeordneter Ihres Wahlkreises im Bundestag wäre, würden Sie darauf vertrauen, dass er Ihre Interessen vertritt?

- ja, voll und ganz darauf vertrauen
- eher darauf vertrauen
- eher nicht darauf vertrauen
- nein, überhaupt nicht darauf vertrauen

Quelle: DFG/ANR-Projekt „Citizens and Representatives in France and Germany“ (CITREP) 2010, repräsentative Bevölkerungsumfrage.

wähnt, wird das Konzept der sozialen Kongruenz hier über die Merkmale „(ursprüngliche) Beschäftigung“ und „Alter“ operationalisiert. Hinsichtlich der Beschäftigung wird hier eine allgemeine Einteilung vorgenommen, indem lediglich zwischen Beschäftigung im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft unterschieden wird. Die politische Kongruenz wird anhand der Parteiidentifikation des Befragten⁴⁴ und der Parteizugehörigkeit des fiktiven Abgeordneten hergestellt. Sie wird im Folgenden mit drei Merkmalsausprägungen verwendet: politische Inkongruenz, Kongruenz bezüglich einer bestimmten Partei und Kongruenz ohne Partei. Bei letzterem verfügt weder der Befragte über eine Parteiidentifikation, noch wird eine Parteizugehörigkeit bezüglich des fiktiven Abgeordneten genannt.⁴⁵

4. Die Repräsentation durch den eigenen Abgeordneten

Die Ergebnisse stehen im Einklang mit anderen Studien, die das Vertretenheitsgefühl der Deutschen untersucht haben⁴⁶: So fühlt sich über ein Drittel (vgl. Tabelle 1) schlecht beziehungsweise sehr schlecht durch den jeweiligen Wahlkreisabgeordneten vertreten. Bemerkenswert ist zudem, dass ein knappes Viertel der Befragten angibt, zu dieser Fragestellung keine Meinung zu haben.⁴⁷ Dieses schlechte Repräsentationsgefühl ist in den neuen Bundesländern weitaus stärker ausgeprägt als in den alten (47,2 beziehungsweise 35,2 Prozent). Auch dieser Unterschied wurde bereits in früheren Studien über die Einstellungen zu verschiedenen politischen Akteuren und Institutionen festgestellt.⁴⁸ Bei der hier ermittelten

44 Die Frage nach der Parteiidentifikation lautete: „Gibt es eine politische Partei, der Sie näher stehen als allen anderen Parteien?“

45 Auf eine weitere Aufschlüsselung der Variablen nach Parteien wird hier wegen einer daraus resultierenden starken Verringerung der Fallzahl verzichtet.

46 Der Großteil der Studien bezieht sich allerdings auf die zentralen politischen Institutionen, wie den Bundestag und weniger auf die politischen Akteure. *Rebenstorff* und *Weßels* ermitteln etwa, dass sich 26,6 Prozent der Deutschen gar nicht durch den Bundestag mit seinen Abgeordneten vertreten fühlen, vgl. *Hilke Rebenstorff / Bernhard Weßels*, a.a.O. (Fn. 8), S. 413.

47 Antwort „Weiß nicht“ für D-gesamt: 23,8 Prozent, D-West: 23,1 Prozent, D-Ost: 27,9 Prozent.

48 Vgl. etwa *Oscar W. Gabriel / Sonja Zmerli*, Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa, in: *APuZ*, B 30-31/2006, S. 8 – 15, S. 11.

Tabelle 1: Vertretenheitsgefühl durch eigenen Abgeordneten (in Prozent)

	Sehr gut vertreten	Gut vertreten	Teils/Teils	Schlecht vertreten	Sehr schlecht vertreten
D-gesamt	2,0	19,5	41,1	26,3	11,0
D-Ost	1,1	14,7	36,9	30,3	16,9
D-West	2,2	20,4	42,2	25,1	10,1

Die Frage lautete: „Viele Einrichtungen des öffentlichen Lebens kümmern sich um die Belange der Bürger. Bitte sagen Sie mir jetzt für jede dieser Einrichtungen, wie gut Sie sich mit Ihren persönlichen Ansichten und Anliegen von den verschiedenen Institutionen vertreten fühlen. Fühlen Sie sich sehr gut vertreten, gut vertreten, teils/teils, schlecht vertreten oder sehr schlecht vertreten? [...] Dem Abgeordneten Ihres Wahlkreises im Bundestag.“

Quelle: DFG/ANR-Projekt „Citizens and Representatives in France and Germany“ (CITREP) 2010, eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Vertretenheitsgefühl durch eigenen Abgeordneten nach Parteidentifikation (in Prozent)

	D-gesamt		D-West		D-Ost	
	PI	Keine PI	PI	Keine PI	PI	Keine PI
Sehr gut vertreten	2,9	0,5	3,2	0,4	1,2	1,2
Gut vertreten	25,1	10,3	26,3	9,7	18,0	11,1
Teils/Teils	39,8	42,4	39,9	45,7	39,8	33,3
Schlecht vertreten	23,7	31,6	22,7	30,3	27,3	34,0
Sehr schlecht vertreten	8,4	15,2	7,8	13,9	13,7	20,4
N	716	408	524	267	161	162

Quelle: DFG/ANR-Projekt „Citizens and Representatives in France and Germany“ (CITREP) 2010, eigene Berechnungen.

Differenz von zwölf Prozentpunkten kann daher angenommen werden, dass der Unterschied bezüglich der Region auch bei den folgenden Analysen bestehen bleibt.

Wie bereits erwähnt, wird der Parteidentifikation ein hoher Stellenwert im Verhältnis von Bürgern zu Repräsentanten in Deutschland zugeschrieben. Dies bestätigen die erhobenen Daten: 28 Prozent der Befragten, die angeben, sich mit einer Partei zu identifizieren, fühlen sich gut beziehungsweise sehr gut durch ihren Bundestagesabgeordneten vertreten, wohingegen dies nur für 10,8 Prozent der Personen der Fall ist, die über keine Parteidentifikation verfügen (vgl. Tabelle 2). Der Einfluss der Parteidentifikation scheint zudem in Ostdeutschland weniger stark ausgeprägt zu sein als in Westdeutschland.

Was die sozio-demographischen Merkmale Alter und Beschäftigung betrifft, kann kein signifikanter bivariater Zusammenhang mit dem Repräsentationsgefühl ermittelt werden (tabellarisch nicht ausgewiesen).⁴⁹ Umgekehrt lassen diese Ergebnisse jedoch nicht den Schluss zu, dass eine Kongruenz bezüglich dieser beiden sozio-demographischen Merkmale keinen Einfluss auf das Repräsentationsgefühl hat.

⁴⁹ Das Alter und das Beschäftigungsverhältnis zeigen beide keinen signifikanten Zusammenhang mit dem Vertretenheitsgefühl auf (Pearson's R = -0,03 beziehungsweise Cramer's V = 0,08).

5. Der Einfluss sozialer und politischer Kongruenz auf das Vertretenheitsgefühl

Um die theoretischen Annahmen zu testen, wurde eine binäre logistische Regression durchgeführt. Diese Methode erlaubt es, eine Eintrittswahrscheinlichkeit für das empirisch beobachtbare Ereignis y (als dichotome abhängige Variable) zu ermitteln. Dadurch soll die Frage beantwortet werden, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Befragten sich gut vertreten fühlen, wenn eine Übereinstimmung zwischen Befragtem und fiktivem Abgeordneten bezüglich Parteizugehörigkeit, Alter und Beschäftigung vorliegt. Rückgreifend auf die aufgestellten Hypothesen wurden verschiedene Modelle getestet: ein einfaches, das lediglich die Hypothese 1 überprüfen soll, also die Annahme, dass das Repräsentationsgefühl der Bürger umso besser ist, je höher die Übereinstimmung bezüglich verschiedener persönlichkeitsbezogener und politischer Merkmale zwischen ihnen und den Abgeordneten ausfällt; ein zweites Modell, in dem lediglich der Einfluss der sozialen Kongruenz zwischen Befragtem und fiktivem Abgeordneten überprüft wird, und ein drittes, in dem zu den Variablen der sozialen Kongruenz die politische Übereinstimmung hinzugenommen wird. In einem letzten Modell werden dann zu den Variablen der politischen und sozialen Kongruenz verschiedene weitere erklärende Variablen hinzugezogen.⁵⁰

Beim Vertretenheitsgefühl durch den fiktiven Abgeordneten, ohne Berücksichtigung der verschiedenen Varianten sozialer und politischer Kongruenz zeigt sich deutlich, dass durch Manipulation der Persönlichkeitsmerkmale und der Parteizugehörigkeit des fiktiven Abgeordneten erheblich bessere Werte erreicht werden (vgl. Tabelle 3): So geben mehr als die Hälfte der Befragten nun an, dem Abgeordneten eher oder voll und ganz eine gute Interessenvertretung zuzutrauen. Die Differenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern sind zwar noch vorhanden, fallen nun jedoch rascher aus.⁵¹

Tabelle 3: Vertretenheitsgefühl durch fiktiven Abgeordneten (in Prozent)

	Vertraue voll und ganz	Vertraue eher	Vertraue eher nicht	Vertraue überhaupt nicht
D-gesamt	9,4	47,5	31,6	11,5
D-Ost	7,5	43,1	35,4	14,0
D-West	10,0	48,4	30,7	10,9

Quelle: DFG/ANR-Projekt „Citizens and Representatives in France and Germany“ (CITREP) 2010, eigene Berechnungen.

Die Ergebnisse der logistischen Regression bestätigen Hypothese 1: So steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Bürger dem Abgeordneten eine gute Interessenvertretung zutrauen, wenn Kongruenz vorliegt (unabhängig davon, ob politische oder soziale) im Vergleich zu komplet-

⁵⁰ Trotz der starken Unterschiede bezüglich des Vertretenheitsgefühls, die im vorherigen Abschnitt konstatiert wurden, wird im Folgenden kein expliziter Ost-West-Vergleich vorgenommen. Durch eine getrennte Untersuchung würde sich die Fallzahl in den verschiedenen Subgruppen sozialer und politischer Kongruenz sehr stark verringern. Aus methodischen Gründen wird deswegen die Unterscheidung in neue und alte Bundesländer durch eine unabhängige Dummy-Variable in die Analyse einbezogen.

⁵¹ Allerdings gilt zu bedenken, dass die Fragestellung sowie die Anzahl der Antwortkategorien nicht komplett identisch sind. Daraus folgt, dass hier keine eindeutigen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Unterscheidung dieser zwei Frageformen vorgenommen werden können.

ter Inkongruenz bezüglich dieser Merkmale. Das Wahrscheinlichkeitsverhältnis der abhängigen Variablen zugunsten der Ausprägung 1 (also ein positives Vertretenheitsgefühl durch den Abgeordneten) wird bei Kongruenz von zwei Merkmalen um 85 Prozent und bei Übereinstimmung von allen drei Merkmalen 3,2-fach erhöht (vgl. Tabelle 4, Effektkoeffizient $Exp(b_j)$ 1,85 beziehungsweise 3,25). Bei Vorhandensein einer einzigen Übereinstimmung zwischen Befragtem und fiktivem Abgeordneten hingegen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit im Vergleich zu vollständiger Inkongruenz nicht beziehungsweise kaum (Effektkoeffizient $Exp(b_j)$ 1,14). Zudem ist lediglich bezüglich der Übereinstimmung von zwei oder mehr Merkmalen ein signifikanter Effekt zu beobachten. Die Tatsache, dass eine alleinige Übereinstimmung, unabhängig von der Art der Kongruenz, keinen signifikanten Einfluss auf das Vertretenheitsgefühl hat, deutet bereits darauf hin, dass Unterschiede je nach Art der Kongruenz zu vermuten sind.

Modell 2 testet zunächst lediglich den Einfluss sozialer Kongruenz (vgl. Tabelle 4). Die Übereinstimmung bezüglich des Alters zwischen Befragtem und fiktivem Abgeordneten hat keinen signifikanten Einfluss. Bürger, die ein ähnliches Alter haben wie ihre Abgeordnete, dürften diesen also nicht zwangsläufig bezüglich ihrer Interessenvertretung mehr vertrauen als solche, bei denen eine Inkongruenz beim Alter vorliegt. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass eine altersmäßige Übereinstimmung allein nicht als „information shortcut“ für die Bürger dient, da hier zwar das Vorhandensein bestimmter (generationen- oder auch altersspezifischer) Wertvorstellungen unterstellt werden kann, dies aber nicht zwangsläufig auf einen Zusammenhang mit der Vertretung bestimmter Interessen schließen lässt. Anders verhält es sich bei der Kongruenz hinsichtlich des Beschäftigungsverhältnisses. Sind beide im öffentlichen Dienst oder beide in der Privatwirtschaft beschäftigt, ist das Vertretenheitsgefühl signifikant stärker als bei Befragten, die in der Privatwirtschaft tätig sind und der Abgeordnete (ursprünglich) dem öffentlichen Dienst angehört (positiver Regressionskoeffizient). Zudem ist das Gefühl, durch einen Abgeordneten gut repräsentiert zu werden, stärker bei Kongruenz im öffentlichen Dienst als bei Kongruenz in der Privatwirtschaft. Ist der Befragte im öffentlichen Dienst und war der Abgeordnete in der Privatwirtschaft tätig, so wird das Wahrscheinlichkeitsverhältnis der abhängigen Variablen zugunsten eines positiven Vertretenheitsgefühls kaum erhöht (Effektkoeffizient $Exp(b_j)$ 1,19); außerdem ist dieser Zusammenhang nicht signifikant.

Es gilt an dieser Stelle zu unterstreichen, dass die Erklärungskraft der ersten zwei multivariaten Modelle mit Nagelkerkes $R^2 = 0,04$ beziehungsweise 0,02 sehr gering ist. Jedoch handelt es sich bei ihnen um sehr sparsame Modelle, die das vordergründige Ziel verfolgen, die Einflussstärke der unterschiedlichen Arten sozialer Kongruenz zu testen. Dennoch deuten diese Werte darauf hin, dass das Repräsentationsgefühl der deutschen Bevölkerung maßgeblich durch andere Faktoren beeinflusst wird. Aus diesem Grund wird ein weiteres Modell getestet, bei dem zusätzlich der Einfluss politischer Kongruenz zwischen Bürger und Abgeordneten berücksichtigt wird.

Durch Einbeziehen der Variablen der politischen Übereinstimmung wird die Güte des Modells, wenn auch weiterhin auf relativ niedrigem Niveau, deutlich verbessert (vgl. Tabelle 5, Nagelkerkes $R^2 = 0,20$). Den weitaus stärksten Einfluss auf das Vertretenheitsgefühl hat die Übereinstimmung von Parteiidentifikation des Befragten mit der Parteizugehörigkeit des fiktiven Abgeordneten: Hier wird das Wahrscheinlichkeitsverhältnis zugunsten eines positiven Vertretenheitsgefühls um das 7,5-Fache erhöht im Vergleich zu einer Inkongruenz zwischen Parteiidentifikation des Befragten und Parteizugehörigkeit des Abgeordneten. Eine

Übereinstimmung ohne Parteiidentifikation – also die Tatsache, dass weder der Befragte einer Partei nahe steht, noch ein Parteeiticket des fiktiven Abgeordneten genannt wird – übt keinen signifikanten Einfluss auf das Repräsentationsgefühl aus. In diesem Modell, in dem politische und soziale Übereinstimmung als Einflussfaktoren abgebildet werden, sind die Wirkungen der sozialen Kongruenz bezüglich der Beschäftigung ähnlich wie im vorherigen Modell (Kongruenz hat einen positiven Einfluss auf das Repräsentationsgefühl); bezüglich des Alters lässt sich hier jedoch ein signifikanter, wenn auch sehr schwacher positiver Effekt feststellen⁵²: Übereinstimmung beim Alter zwischen Abgeordnetem und Bürger führt zu einem besseren Vertretenheitsgefühl als Inkongruenz. Jedoch ist der Effekt im Vergleich zu den anderen Variablen sozialer Kongruenz relativ gering. Folglich kann Hypothese 3, die einen größeren Einfluss der politischen im Gegensatz zur sozialen Kongruenz vermutet, bestätigt werden.

Im letzten Modell wurden verschiedene Kontrollvariablen einbezogen, die vermutlich das Repräsentationsgefühl der Deutschen mit prägen. Um zu überprüfen, ob das Alter der befragten Person mit der Bedeutung der diesbezüglichen Kongruenz zusammenhängt, wird zudem ein Interaktionseffekt zwischen diesen beiden Variablen modelliert und getestet. Zunächst einmal kann festgestellt werden, dass durch Einbeziehung der Kontrollvariablen und unter Berücksichtigung des Interaktionseffekts „Alter“ die Modellgüte leicht verbessert wird (Nagelkerkes $R = 0,23$). Zudem hat die Übereinstimmung bezüglich der Partei weiterhin eine sehr große Wirkung auf das Repräsentationsgefühl. Alle weiteren Effekte der sozialen Kongruenz bleiben auch unter Einbeziehung der Kontrollvariablen bestehen. Durch Berücksichtigung des Interaktionseffektes wird außerdem deutlich, dass bei älteren Bürgern die Kongruenz bezüglich des Alters die Wahrscheinlichkeit um das 1,2-Fache erhöht, dem Abgeordneten eine gute Interessenvertretung zuzutrauen. Hypothese 2, wonach ein stärkerer Einfluss der Alterskongruenz bei jüngeren Bürgern vermutet wurde, kann folglich nicht bestätigt werden. Auch die Tatsache, dass ein Interview in den neuen Bundesländern stattgefunden hat, beeinflusst die Wahrscheinlichkeit eines positiven Repräsentationsgefühls nicht signifikant negativ. Die Variablen der sozialen und vor allem der politischen Übereinstimmung scheinen die Ost-West-Unterschiede zu minimieren. Abschließend kann konstatiert werden, dass die Kontrollvariable Demokratiezufriedenheit⁵³ einen signifikanten positiven Einfluss auf das Repräsentationsgefühl ausübt. Folglich fühlen sich Personen, die mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, auch gut von dem fiktiven Abgeordneten vertreten. Die Bedeutung der zentralen unabhängigen Variablen, soziale und politische Kongruenz, wird durch Einbeziehung dieser Kontrollvariable jedoch nicht signifikant geschwächt.

52 Hier wäre es in einem weiteren Schritt interessant zu überprüfen, ob der Einfluss der Alterskongruenz größer wird, wenn zusätzlich zu der Unterscheidung in Kongruenz und Inkongruenz bei Übereinstimmung die Altersabstände zwischen Befragtem und fiktiven Abgeordneten mit berücksichtigt würden.

53 Fragewortlaut: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, teilweise zufrieden/teilweise nicht zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“ Wobei hier eine Umkodierung in 1 „überhaupt nicht zufrieden“ bis 5 „alles in allem sehr zufrieden“ vorgenommen wurde.

		3. Modell: Soziale und politische Kongruenz				4. Modell: Soziale und politische Kongruenz + Kontrollvariablen			
		B	Sig.	Exp(b _j)	Exp(b _j * s)	B	Sig.	Exp(b _j)	Exp(b _j * s)
Kongruenz Alter (Referenz: inkongruent)		0,26 (0,13)	*	1,30	1,14	-0,59 (0,40)	n.s.	0,55	0,74
Beschäftigung (Referenz: MP im öffentlichen Dienst, Befragter Privatwirtschaft)									
... Kongruenz öffentlicher Dienst		0,61 (0,23)	**	1,84	1,21	0,64 (0,23)	**	1,89	1,22
... Kongruenz Privatwirtschaft		0,46 (0,15)	**	1,58	1,25	0,50 (0,15)	***	1,64	1,27
... Inkongruenz (Befragter öffentlicher Dienst, MP in Privatwirtschaft)		0,20 (0,23)	n.s.	1,22	1,06	0,25 (0,24)	n.s.	1,28	1,08
PI (Referenz: PI inkongruent)									
... Kongruenz PI		2,01 (0,18)	***	7,46	2,50	2,01 (0,18)	***	7,46	2,50
... Kongruenz ohne PI		0,21 (0,16)	n.s.	1,23	1,09	0,28 (0,16)	n.s.	1,33	1,12
Alter						-0,11 (0,05)	*	0,89	0,82
Kongruenz Alter*Alter						0,17 (0,08)	*	1,19	1,63
Region (Referenz: West)						-0,11 (0,17)	n.s.	0,90	0,95
Demokratiezufriedenheit						0,25 (0,07)	**	1,23	1,28
Konstante				-0,66				-0,89	
Nagelkerkes R ²				0,20				0,22	

Anmerkung: Signifikanzniveaus * p < .05, ** p < .001, *** p < .001; Standardisierte Effektkoeffizienten Exp(b_j * s); Exp(Regressionskoeffizient B * Standardabweichung).
 Quelle: DFG/ANR-Projekt „Citizens and Representatives in France and Germany“ (CITREP) 2010, eigene Berechnungen.

6. „Ich bin einer von Euch“: Soziale Kongruenz sollte nicht unterschätzt werden

Selten wurde bisher mit einem experimentellen Design untersucht, ob eine Übereinstimmung zwischen Bürgern und Abgeordneten bezüglich bestimmter sozio-demographischer Merkmale wie etwa Geschlecht, Alter, Beruf oder auch ethnische Herkunft zu einem besseren Repräsentationsgefühl der Bürger beiträgt. Die hier präsentierten Ergebnisse zum Einfluss der sozialen (und politischen) Kongruenz stellen klar: Parteien strukturieren offenbar trotz der immer wieder aufkommenden These einer „Parteienverdrossenheit“ weiterhin maßgeblich das Repräsentationsverhältnis zwischen Bürgern und Repräsentanten. Die Parteizugehörigkeit eines Abgeordneten dient als zentraler Hinweis für seine inhaltlichen Positionen. Für das Vertretenheitsgefühl der Bürger spielt die politische Kongruenz die dominante Rolle. Dennoch konnten auch Effekte sozialer Kongruenz beobachtet werden. Bei vorliegender Übereinstimmung bezüglich der Beschäftigung (sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft) trauen die Bürger dem Abgeordneten eher eine gute Vertretung ihrer Interessen zu als bei Inkongruenz dieses Merkmals. Unklar ist, ob dies daran liegt, dass von den Bürgern ähnliche Interessenpräferenzen oder eine ähnliche berufliche Sozialisierung vermutet werden. Effekte einer Alterskongruenz waren nur sehr schwach vorzufinden.

Um die Frage zu beantworten, ob das von *Fenno* formulierte „I am one of you“ letztendlich dazu führt, dass Bürger sich durch ihren Abgeordneten besser repräsentiert fühlen, müssen noch weitere Persönlichkeitsmerkmale hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den Wählern untersucht werden. Schon jetzt kann aber Wahlkämpfern gesagt werden, dass entsprechende Strategien Früchte tragen dürften.

Weit entfernt vom „idealen Abgeordneten“? Zu Normen und Praxis parlamentarischer Repräsentation aus Sicht der Bürger

Mirjam Dageförde

In repräsentativen Demokratien kommt dem Verhältnis von Bürgern und Abgeordneten besondere Bedeutung zu. Auf welche Art und Weise Parlamentarier die Interessen der Bürger in den Prozess politischer Entscheidungsfindung einbringen, ist eine der Kernfragen demokratischer Repräsentation. Während die Analyse der Einstellungen und Handlungen von Abgeordneten (insbesondere innerhalb des Parlaments) ein etablierter Teilbereich der Parlamentarismusforschung ist, wurden die Anforderungen, die Bürger an demokratische Repräsentation stellen, vergleichsweise wenig beachtet. Ähnliches gilt für die Perzeption politischer Repräsentation durch die Bevölkerung.¹ Doch auch diese Aspekte sind für die Leistungs- und Bestandsfähigkeit politischer Systeme äußerst wichtig, wie *Samuel C. Patterson*, *G. Robert Boynton* und *Ronald D. Hedlund* schon vor 45 Jahren feststellten: „A severe

1 Vgl. *Christina Leston-Bandeira*, Studying the Relationship between Parliament and Citizens, in: *Journal of Legislative Studies*, 18. Jg. (2012), H. 3-4, S. 265 – 274.